

Mobil ISC GmbH, Raiffeisenstraße 12, 31275 Lehrte-Ahlten

An die Bieter des Vergabeverfahrens 2026-01178

Ihr Ansprechpartner

Einkauf
Projekt- und Unternehmensservices

Internet: www.mobil-isc.de

12.05.2026

Maßnahme: Rahmenvertrag für NetApp Speicher – RVN2026
Vergabe-Nr.: 2026-01178

AUFFORDERUNG ZUR ABGABE EINES ANGEBOTES

(zum Verbleib beim Bieter bestimmt / Nicht mit dem Angebot zurücksenden!)

Art des Auftrags:	<input type="checkbox"/> Bauleistung	<input checked="" type="checkbox"/> Lieferleistung	<input type="checkbox"/> Dienstleistung
Vergabeform:	<input checked="" type="checkbox"/> EU-weites Vergabeverfahren		
	<input checked="" type="checkbox"/> Offenes Verfahren		
Form des Auftrages:	<input type="checkbox"/> Einzelauftrag	<input checked="" type="checkbox"/> Rahmenvereinbarung	
Frist zur Einreichung von Bieterfragen:	Datum: 09.06.2026	Uhrzeit: 12:00 Uhr	
Einreichungsfrist (Angebotsfrist):	Datum: 18.06.2026	Uhrzeit: 10:00 Uhr	
Beauftragung / Zuschlag:	Datum: 14.07.2026	(geplant)	
Bindefrist des Angebotes:	Datum: 31.07.2026		
Auftraggebende Stelle:	Ausschreibende Stelle:		
Mobil ISC GmbH	Mobil ISC GmbH		
Raiffeisenstraße 12	Einkauf		
31275 Lehrte-Ahlten	Raiffeisenstraße 12		
	31275 Lehrte-Ahlten		
Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform.			

Inhaltsverzeichnis

1	Bestandteile der Vergabeunterlagen	3
2	Spezifische Verfahrensbedingungen	4
2.1	Anforderungen an das Angebot	4
2.1.1	Formale Anforderungen	4
2.1.2	Frist zum Eingang des Angebotes	4
2.1.3	Anlagen, geforderte Ausführungen und Erklärungen	4
2.1.4	Unzulässige Änderungen und Ergänzungen	4
2.1.5	Erklärungen in Textform gemäß § 126b BGB	4
2.1.6	Anzahl Angebote	5
2.2	Notwendige Ausführungen und Erklärungen	5
2.3	Registrierung und Kommunikation	5
2.4	Auskunftserteilung	5
2.5	Verfahrensablauf, Prüfung und Bewertung der Angebote	6
2.5.1	Grundsätzliches zur Angebotsbewertung	6
2.5.2	Wertungsstufe „Formale Prüfung“	6
2.5.3	Eignungsprüfung	6
2.5.4	Wertungsstufe „Prüfung der Angemessenheit der Preise“	7
2.5.5	Wertungsstufe „Wirtschaftlichkeitsprüfung“	7
2.6	Losaufteilung	7
2.7	Neben- und Alternativangebote	8
2.8	Zusatz für Arbeits-, Bewerber- und Bietergemeinschaften	8
2.9	Festlegungen zur Leistungserbringung durch Nachunternehmer	8
2.10	Vertragsform der zu beauftragenden Leistungen	8
2.11	Zuständige Vergabekammer	8
3	Grundlegende Verfahrensbedingungen und Erläuterungen	10
3.1	Vergaberecht	10
3.2	Kosten von Teilnahmeanträgen und Angeboten	10
3.3	Verwendung der Vergabeunterlagen	10
3.4	Verpflichtung zur Aufklärung von Unklarheiten	10
3.5	Kenntlichmachung von Schutzrechten	10
3.6	Wettbewerbsbeschränkende Abreden	11
3.7	Umgang mit Daten des Bewerbers bzw. Bieters	11

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, für die oben genannte Maßnahme ein Angebot zu fertigen und innerhalb der Angebotsfrist einzureichen. Die nachstehenden Hinweise zur Ausfüllung der Ausschreibungsunterlagen sowie die weiteren Bestimmungen der Vergabeunterlagen sind zu beachten.

1 Bestandteile der Vergabeunterlagen

Folgende Anlagen werden den Bewerbern bzw. Bietern mit dieser Aufforderung übergeben:

Anlage Nr.	Bestandteile der Vergabeunterlagen	zurück an Ausschreibende Stelle
01	RVN2026_01_Angebot	X
02	RVN2026_02_EVB-IT_Rahmenvereinbarung	
03	RVN2026_03_EVB-IT_Systemlieferungs-AGB	
04	RVN2026_04_Leistungsbeschreibung	
05	RVN2026_05_Bietererklärung_Eignung	X
06	RVN2026_06_Supplier_Code_of_Conduct	
07	RVN2026_07_Bietererklärung_Leistung	X
08	RVN2026_08_Bietererklärung_Preis	X

Die vorliegenden Vergabeunterlagen sollen es den Bewerbern bzw. Bietern ermöglichen, ein qualifiziertes Angebot gemäß den nachfolgenden Bestimmungen dieses Aufforderungsschreibens abzugeben.

2 Spezifische Verfahrensbedingungen

2.1 Anforderungen an das Angebot

2.1.1 Formale Anforderungen

Falls Sie bereit sind, die Leistung zu übernehmen, wird gebeten, ein Angebot gemäß den Bestimmungen der Vergabeunterlagen bei der ausschreibenden Stelle einzureichen.

Eine persönliche oder postalische Abgabe des Angebotes ist:

- ☐ erforderlich und zugelassen
☒ nicht möglich und nicht zugelassen

Eine elektronische Abgabe des Angebotes ist:

- ☒ erforderlich und ausschließlich zugelassen
☐ nicht möglich und nicht zugelassen

Adresse zur Abgabe/Einreichung:

Vergabeportal

dtvp.de

weitere formale Anforderungen:

- ☒ Erklärungen in Textform gemäß § 126b BGB gemäß Kapitel „Notwendige Erklärungen und Unterschriften“

2.1.2 Frist zum Eingang des Angebotes

Das vollständige Angebot muss bis zum Ende der Angebotsfrist eingegangen sein. Der fristgemäße Eingang ist durch den Bewerber bzw. Bieter sicherzustellen.

2.1.3 Anlagen, geforderte Ausführungen und Erklärungen

Alle weitergehenden abgeforderten Bewerber- bzw. Bieterausführungen und Eigenerklärungen sind dem Angebot vollständig als Anlage beizufügen. Falsche und fehlende Angaben können zum Ausschluss des Angebotes führen.

Bitte beachten Sie die diesem Schreiben beigefügten Anlagen. Bitte berücksichtigen Sie, dass das Angebot in all seinen Bestandteilen, d.h. auch in allen Anlagen, in deutscher Sprache abzufassen ist und vollständig ausgefüllt sein muss. Etwaige Änderungen an Eintragungen müssen zweifelsfrei sein.

2.1.4 Unzulässige Änderungen und Ergänzungen

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig und können zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

2.1.5 Erklärungen in Textform gemäß § 126b BGB

In den Erklärungen muss die Person des Erklärenden genannt werden, d.h. die Angabe der Identität desjenigen, dem die Erklärung zugerechnet werden soll. Der Name des Erklärenden muss zweifelsfrei auf dem Formular Angebot erkennbar sein, z.B. durch maschinenschriftliche Einfügung.

Bei natürlichen Personen ist der Name ausreichend, bei juristischen Personen und Handelsgesellschaften ist in jedem Fall der Firmenname und die Rechtsform hinzuzufügen.

2.1.6 Anzahl Angebote

Jeder Bewerber bzw. Bieter darf nur **ein** Angebot einreichen.

2.2 Notwendige Ausführungen und Erklärungen

Mit dem ausgefüllten Angebot sind zum Beleg der Tatsache, dass der Bewerber bzw. Bieter die Bedingungen dieser Ausschreibung vollumfänglich anerkennt, die Unterlagen wie im Folgenden beschrieben ausgefüllt und mit den erforderlichen Erklärungen versehen bei der ausschreibenden Stelle einzureichen:

Auszufüllen	Erklärung gemäß § 126b BGB
RVN2026_01 Angebot	
<ul style="list-style-type: none"> Firmenname Ansprechpartner mit Kontaktdaten Firmendetails 	<ul style="list-style-type: none"> auf Seite 1
RVN2026_05 Bietererklärung Eignung	
<ul style="list-style-type: none"> Bieterantworten zu den Kriterien ggf. Verweise auf Anlagen; der Bezug der Anlage zum jeweiligen Kriterium muss erkennbar sein Angaben zu Nachunternehmen und zur Bietergemeinschaft Eignungsnachweise zur Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit, Fachkunde und Qualitätssicherung sowie weitere Erklärungen und Eigenerklärungen gemäß den Anforderungen 	<ul style="list-style-type: none"> gemäß den Anforderungen im Dokument
RVN2026_07 Bietererklärung Leistung	
<ul style="list-style-type: none"> Bieterantworten zu den Kriterien ggf. Verweise auf Anlagen; der Bezug der Anlage zum jeweiligen Kriterium muss erkennbar sein 	<ul style="list-style-type: none"> keine
RVN2026_08 Bietererklärung Preis	
<ul style="list-style-type: none"> Bietername und Firmierung zu den einzelnen Positionen die Rabatte in Prozent bzw. die Einheitspreise Netto in Euro mit maximal zwei Nachkommastellen eintragen 	<ul style="list-style-type: none"> keine

2.3 Registrierung und Kommunikation

Zur Führung einer lückenlosen Kommunikation wird der Bewerber bzw. Bieter aufgefordert, sich auf der Vergabeplattform im Vergabeverfahren zu registrieren.

2.4 Auskunftserteilung

Auskünfte werden nur auf schriftliche Anfragen erteilt. Alle Fragen zu organisatorischen und vergaberechtlichen Inhalten sowie zu technisch-inhaltlichen Themen sind über die Vergabeplattform zu stellen.

Etwaige Fragen müssen spätestens bis zum Ende der angegebenen Frist (gemäß der ersten Seite) bei der ausschreibenden Stelle eingegangen sein. Maßgeblich ist der Zeitpunkt des Einganges bei der ausschreibenden Stelle. Spätere Anfragen können im Hinblick auf die Gleichbehandlung der Bewerber bzw. Bieter nicht mehr berücksichtigt werden. Rechtzeitig eingehende Fragen werden gesammelt. Die Antworten werden zeitnah in Form eines Fragen- und Antworten-Kataloges auf der Vergabeplattform für alle Bewerber bzw. Bieter zur Kenntnisnahme bereitgestellt.

2.5 Verfahrensablauf, Prüfung und Bewertung der Angebote

2.5.1 Grundsätzliches zur Angebotsbewertung

Die Bewertung der Angebote erfolgt in mehreren Wertungsstufen, die im Folgenden näher erläutert werden. Jede dieser einzelnen Wertungsstufen wird in der Reihenfolge für sich abgeschlossen. Angebote, die in einer dieser Wertungsstufen ausgeschlossen werden, finden keine Berücksichtigung in den weiteren Wertungsstufen.

Grundlage für die Bewertung bilden die einzelnen Kriterien. Innerhalb des gegenständlichen Vergabeverfahrens kommen im Kriterienkatalog der Wirtschaftlichkeitsprüfung ausschließlich Ausschlusskriterien zur Anwendung:

Kürzel		Art und Bedeutung des Kriteriums
„A“, (A)	=	Ausschlusskriterium Die Nichterfüllung einer mit einem „A“ als Ausschlusskriterium gekennzeichneten Anforderung führt zum Ausschluss des Angebotes (KO-Kriterium).

Ausdrücklich wird darauf verwiesen, dass zu allen Kriterien ausführliche und unmissverständliche Aussagen des Bieters erwartet werden. Es werden nur Angebote berücksichtigt, die alle Ausschlusskriterien erfüllen.

2.5.2 Wertungsstufe „Formale Prüfung“

In dieser Wertungsstufe erfolgt die formale Prüfung, in der beispielsweise die Einhaltung der vorgegebenen Formalien des Angebotes, die vollständige Ausfüllung des vorbereiteten Angebotsformulars nebst den vorgegebenen Bietererklärungen, die rechtzeitige Einreichung des Angebotes, die Eindeutigkeit der Eintragungen, das Vorhandensein aller Erklärungen des Bieters / einer zugelassenen Bietergemeinschaft, die Einhaltung der zwingenden Vorgaben dieses Aufforderungsschreibens etc. zu überprüfen ist. Formal nicht korrekte Angebote können von der weiteren Bewertung ausgeschlossen werden.

2.5.3 Eignungsprüfung

In dieser Wertungsstufe wird die Prüfung der Mindestanforderungen durchgeführt, in der geprüft wird, ob der Bieter die zur Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen notwendige Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit nachweisen kann. Die Bewertung der Angebote erfolgt auf der Basis des Kriterienkataloges der Bekanntmachung sowie auf Basis der Vergabeunterlagen. Es werden nur Angebote berücksichtigt, die alle Ausschlusskriterien (A-Kriterien) erfüllen. Unvollständige Angaben zu Eignungskriterien, nicht eingereichte Eigenerklärungen oder nicht

gemäß den Anforderungen mit einer Erklärung in Textform nach § 126b BGB versehene Eigenerklärungen können zum Ausschluss des Angebotes führen.

2.5.4 Wertungsstufe „Prüfung der Angemessenheit der Preise“

In dieser Wertungsstufe wird eine Prüfung der Angemessenheit der Preise durchgeführt. Wenn eine solche Überprüfung der Preise ergibt, dass ein Missverhältnis zwischen Preis und Leistung anzunehmen ist (sowohl zu niedrige als auch zu hohe Preise), kann das betreffende Angebot von der weiteren Wertung ausgeschlossen werden.

2.5.5 Wertungsstufe „Wirtschaftlichkeitsprüfung“

In dieser Wertungsstufe (Wirtschaftlichkeitsprüfung) erfolgt die Bewertung der Angebote auf der Basis des beigefügten Kriterienkataloges der „Bietererklärung Leistung“.

Es wird die Erfüllung aller Mindestanforderungen anhand der Antworten des Bieters zu den Ausschlusskriterien geprüft. Angebote, die nicht alle Mindestanforderungen erfüllen, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Der „Wertungspreis“ ergibt sich aus der „Angebotssumme in Euro netto“ gemäß „Bietererklärung Preis“. Die „Angebotssumme in Euro netto“ im Formular „Bietererklärung Preis“ ergibt sich aus der Summe der angegebenen Preise und Rabatte für alle Positionen einschließlich Bedarfspositionen und Optionen.

Die Ermittlung der Rangfolge der Angebote erfolgt auf Basis der Unterlage für Ausschreibung und Bewertung von IT-Leistungen (UfAB 2018) des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Inneren der Bundesrepublik Deutschland (siehe <https://www.cio.bund.de/Web/CIO/DE/digitale-loesungen/it-beschaffung/ufab/ufab-node.html>) nach der folgenden Bewertungs- (Zuschlags-) Methode:

☒ **Reine Preisbewertung**

Es gibt keine Bewertungskriterien. Die Ermittlung der Rangfolge der Angebote erfolgt anhand des Wertungspreises. Der Zuschlag erfolgt unter allen Angeboten, die alle Mindestanforderungen erfüllen, auf das Angebot mit dem niedrigsten Wertungspreis.

Angebote, bei denen sich im Verlaufe der Prüfung zeigt, dass sie die in den Vergabeunterlagen aufgestellten Anforderungen nicht erfüllen, können ausgeschlossen werden.

Die Ausschreibende Stelle behält sich vor, nach Auswertung der Angebote zur weiteren Aufklärung des Angebotsinhaltes schriftlich Fragen an die einzelnen Bieter in technischer, wirtschaftlicher und rechtlicher Hinsicht zu stellen. Die Bieter sind verpflichtet, die erbetenen Informationen unverzüglich und wahrheitsgemäß zu erteilen.

2.6 Losaufteilung

Eine Aufteilung der Gesamtleistung in Lose

☒ ist nicht vorgesehen.

☐ ist vorgesehen, das Angebot kann sich auf ein, mehrere oder alle Lose beziehen.

2.7 Neben- und Alternativangebote

- ☒ sind nicht zugelassen.
- ☐ sind zugelassen mit den nachfolgenden Einschränkungen:
Sofern Neben- oder Alternativangebote eingereicht werden, sind diese bei der Angebotsabgabe als solche zu kennzeichnen. Abweichungen dürfen sich nur auf den geforderten technischen Leistungsgegenstand beziehen und müssen deutlich beschrieben und kenntlich gemacht werden. Abweichungen zu den Dienstleistungsanforderungen sind nicht zugelassen.

2.8 Zusatz für Arbeits-, Bewerber- und Bietergemeinschaften

Grundsätzlich sind zur Abgabe von Teilnahmeanträgen und Angeboten Einzelbewerber mit oder ohne Subunternehmen sowie Bewerbergemeinschaften bzw. Einzelbieter mit oder ohne Subunternehmen sowie Bietergemeinschaften zugelassen.

2.9 Festlegungen zur Leistungserbringung durch Nachunternehmer

Der Auftraggeber schreibt vor, dass die nachfolgend genannten Leistungen durch den Bewerber bzw. Bieter selbst erbracht werden müssen, ohne dass Leistungen von Nachunternehmern in Anspruch genommen werden:

- ☒ keine Festlegungen

2.10 Vertragsform der zu beauftragenden Leistungen

Mit dem Auftragnehmer wird eine Rahmenvereinbarung zur Lieferung eines IT-Systems gemäß Vergabeunterlagen) abgeschlossen. Die AGB der EVB-IT-Verträge und die VOL/B sind einsehbar unter: <https://www.cio.bund.de> und <https://www.bmwk.de>.

Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters sind ausdrücklich ausgeschlossen. Ein Beifügen der Allgemeinen Geschäftsbedingungen des Bieters zu den Angebotsunterlagen oder eine Bezugnahme auf Allgemeine Geschäftsbedingungen werden als Veränderung der Vergabeunterlagen gewertet und können zum Ausschluss des Angebots führen.

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland und, sofern EU-Gemeinschaftsrecht zur Anwendung kommt, auch dieses.

2.11 Zuständige Vergabekammer

Jeder Bewerber bzw. Bieter kann sich bei Vergaben oberhalb des Schwellenwertes nach erfolgloser Rüge (bei der Ausschreibenden Stelle) zur Überprüfung behaupteter Verstöße der Ausschreibenden Stelle gegen Vergabenormen an die folgenden Vergabekammern wenden:

Bezeichnung:	Die Vergabekammern des Bundes beim Bundeskartellamt
Postanschrift:	Villemombler Straße 76
Ort:	Bonn
Postleitzahl:	53123
Land:	Deutschland
E-Mail:	vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon:	+49 228 9499-0
Fax:	+49 228 9499-163

Es gilt GWB § 160 Einleitung, Antrag:

(1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.

- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit
1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Nr. 2. § 134 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.

3 Grundlegende Verfahrensbedingungen und Erläuterungen

3.1 Vergaberecht

Es gilt deutsches Recht. Teilnahmeanträge, Angebote und sonstiger Schriftverkehr sind in deutscher Sprache abzufassen.

Vom Vergabeverfahren sind alle Bewerber und Bieter ausgeschlossen, die nachweislich:

- schwerwiegende Straftaten im Geschäftsverkehr begangen haben (z.B. Betrug, Untreue, Urkundenfälschung),
- Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, die bei der Vergabe oder Ausführung von Aufträgen mitwirken, Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt haben (Bestechung oder Vorteilsgewährung),
- sich an wettbewerbsbeschränkenden Maßnahmen im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkung (Kartellgesetz) beteiligt haben (Preisabsprachen).

3.2 Kosten von Teilnahmeanträgen und Angeboten

Kosten, die dem Bewerber oder Bieter durch die Erstellung von Teilnahmeanträgen und Angeboten entstehen, werden nicht vergütet. Die eingereichten Unterlagen verbleiben kostenfrei bei der ausschreibenden Stelle. Es werden keine Sicherheitsleistungen gefordert.

3.3 Verwendung der Vergabeunterlagen

Die Unterlagen zum Teilnahmewettbewerb bzw. die Vergabeunterlagen dürfen nur für die Erstellung des Teilnahmeantrages oder des Angebotes verwendet werden. Jede anderweitige Verwendung sowie Weitergabe und Veröffentlichung ist ohne schriftliche Genehmigung der ausschreibenden Stelle nicht statthaft.

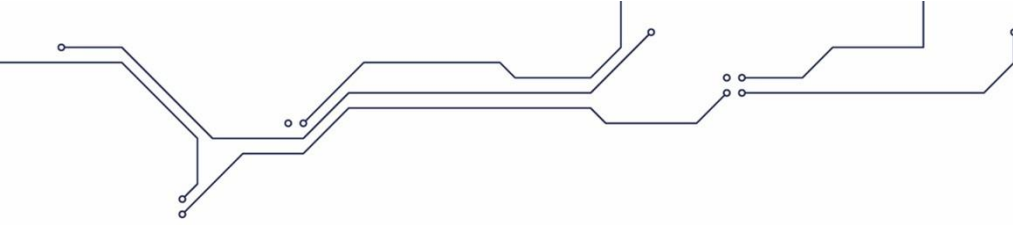
3.4 Verpflichtung zur Aufklärung von Unklarheiten

Die Bewerber bzw. Bieter haben sich unmittelbar nach Erhalt der Ausschreibungsunterlagen über deren Vollständigkeit zu versichern. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bewerbers bzw. Bieters Unvollständigkeiten oder Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber unverzüglich, spätestens jedoch bis zum Ablauf der im Punkt „Auskunftserteilung“ bezeichneten Termine für Rückfragen, darauf hinzuweisen.

Auskünfte können nur innerhalb der genannten Fristen erfolgen, da dem Auftraggeber ausreichend Gelegenheit verbleiben muss, auf Anfragen und Anzeigen zu reagieren, diese ggf. allen Bewerbern bzw. Bietern mitzuteilen und ergänzende Gelegenheit zur Stellungnahme zu eröffnen. Der Auftraggeber behält sich vor, den Bewerbern bzw. Bietern während des Vergabeverfahrens ergänzende Unterlagen zur Verfügung zu stellen/nachzureichen.

3.5 Kenntlichmachung von Schutzrechten

Beabsichtigt der Bewerber bzw. Bieter, Angaben aus seinem Teilnahmeantrag oder Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten, hat er in seinem Teilnahmeantrag bzw. Angebot darauf hinzuweisen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens nach §§ 160 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung (GWB) ff. alle Verfahrensbeteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB grundsätzlich ein Akteneinsichtsrecht haben.



Jeder Teilnahmeantrag und jedes Angebot werden in die Akte der Ausschreibenden Stelle aufgenommen. Jeder Bewerber bzw. Bieter muss daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass die von ihm eingereichten Unterlagen einschließlich aller wesentlichen Bestandteile von den Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen werden.

Es liegt daher im eigenen Interesse eines jeden Bewerbers bzw. Bieters, schon in seinen Unterlagen auf wichtige Gründe hinzuweisen, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, und diese Gründe in seinen Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen (Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse).

Die Ausschreibende Stelle ist bei der Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens verpflichtet, die Vergabeakten sofort der Vergabekammer zur Verfügung zu stellen (§ 163 Abs. 2 GWB). Ein Bewerber bzw. Bieter hat sich daher in einem solchen Fall zur Durchsetzung seiner Rechte an die Vergabekammer zu wenden.

3.6 Wettbewerbsbeschränkende Abreden

Wettbewerbsbeschränkende Abreden führen zum Ausschluss des Teilnahmeantrages oder Angebotes. Wenn diese erst nach Zuschlagserteilung bekannt werden, berechtigen sie den Auftraggeber zur Kündigung des Vertrages und begründen nach Maßgabe der Regelung des Vertrages Ansprüche auf Vertragsstrafe.

3.7 Umgang mit Daten des Bewerbers bzw. Bieters

Der Bewerber bzw. Bieter erklärt sich damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten für das Vergabeverfahren verarbeitet und gespeichert werden können.

Mit freundlichen Grüßen

i. A.
Vergabestelle

Anlagen:

☒ gemäß Punkt „1 Bestandteile der Vergabeunterlagen“